

lag voranstellen berufen bin, ist als Winderheitsregierung auf die Möglichkeit nicht zur Regierung gehöriger Parteien grundsätzlich angewiesen. Sie erbittet diese Mithilfe, damit sie in einer schwierigen außenpolitischen Lage und einer Wirtschaftskrise von größtem Ausmaße die Geschäfte des Reiches sachgemäß und zum Nutzen des Volkes führen kann.

Außenpolitik

In der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hat, durch den am 1. November 1925 in London abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich in meiner Reichstagsrede vom 23. November 1925 ausgesprochen habe, bestimmt.

Die wichtigste Entscheidung der Reichsregierung wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen. Die jetzt zurückgetretene ausschlaggebende Reichsregierung hat gemäß der Entscheidung des Reichstags vom 27. Nov. 1925 unablässig an der weiteren Auswirkung der Abmachungen von Locarno gearbeitet, insbesondere zunächst des besetzten Gebietes. Ich nehme an, daß die bevorstehende Beratung des Haushaltsplans des Auswärtigen Amtes an einachender Aussprache hierüber und über die Außenpolitik überhaupt Gelegenheit geben wird. Es erscheint der Reichsregierung empfehlenswert, hierbei alle Einzelfragen der Außenpolitik im Reichstagsrat zu erörtern und dabei die vorliegenden Anträge, Interpretationen und Anfragen einzubringen. Mehrere möchte ich nur auf eine Frage hinweisen, die zentral im Mittelpunkt der Erörterung steht:

das ist die Frage der Befähigungsstärke in der 2. und 3. Zone.

Hierüber hat die dem Reichstag bekannte Note der Vorkonferenz vom 11. Nov. 1925 vorzulegen, daß eine fühlbare Ermäßigung der Truppenstärke eintreten soll, und zwar so, daß die künftige Befähigungsstärke sich der normalen Differenz nähert.

Der Bedarf der normalen Differenz kann nicht anders aufgebracht werden als gleichbedeutend mit dem Bedarf der deutschen Friedenspräsenzstärke in den in Betracht kommenden Gebieten.

Wie feinerart in der amtlichen deutschen Veröffentlichung ohne Widerspruch der in der Vorkonferenz vertretenen Mächte hervorgehoben wurden ist, dem entsprechen die Schritte der deutschen Regierung in dieser Frage. Die Verhandlungen hierüber mit den beteiligten fremden Regierungen sind in lebhaftem Gange. Die Reichsregierung ist sich der Ermartung hin, daß sie, ebenso wie dies in einer Reihe bereits erledigter Fragen geschehen ist, zu dem von uns gewünschten Ergebnis führen.

Innenpolitik

betrifft, so verweise ich wegen der grundsätzlichen Stellungnahme der Reichsregierung zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf die Erklärung, die ich am 19. Januar 1925 in diesem Hause abgegeben habe. Auf diese Erklärung berufe ich mich auch wegen der grundsätzlichen Regierungseinstellung zum Beamtenrecht und Beamtenverdienst und zu den Fragen unserer auf christlicher Grundlage beruhenden Kultur. Auf dem Gebiete der

Schulpolitik

wird die Reichsregierung die Lösung anstreben unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte.

Die Reichsregierung denkt, eine Verbesserung unserer Wahlkreisabgrenzung enthält in Anfriff zu nehmen.

Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit früher regierenden kaiserlichen Familien bedarf einer möglichst baldigen reichsgesetzlichen Regelung, wobei die Reichsregierung dem deutschen Volke die Umrufe eines Volksentscheides ersiparen möchte.

Die gesamte Regierungs- und Verwaltungsstätigkeit, ganz gleichgültig, ob es sich im weiteren Verlaufe der allgemeinen Reformarbeiten um große gesetzgeberische oder sonstige Pläne oder um die laufenden Arbeiten handelt,

muss von dem Grundsatze beherrscht sein, daß die öffentlichen Ausgaben auf ein Mindestmaß herabzusetzen sind.

Der feste Wille zu solcher grundsätzlichen Sparlichkeit, der seine Wurzel im härtesten vaterländischen Verantwortlichkeitsgefühl findet, muß sich, wenn wir einen Ausweg aus der Bedrängnis der Gegenwart finden wollen, nicht nur in der Verwaltung des Reiches, sondern in gleicher Stärke auch bei den Ländern und Gemeinden auswirken. Die Lage ist gekennzeichnet durch eine

Wirtschaftskrise von außerordentlichem Ausmaße,

ihre Überwindung ist dringende Aufgabe der Gegenwart. Es bedarf dazu der Aufbietung aller geistigen und sittlichen Kräfte, der ganzen Arbeitsamkeit und Sparsamkeit unseres Volkes.

Die Regierung ihrerseits wird mit allem Ernst und allem Nachdruck auf finanzielle, wirtschaftliche und nicht zuletzt sozialpolitische Gebiete alles tun müssen, was möglich ist, um die Erhaltung der Wirtschaft zu fördern und die Not breiterer Volkskreise zu lindern.

Alle Bemühungen um Verminderung der öffentlichen Ausgaben sind auch bei größter Beschränkung der Ausgaben ihre Beantwortung in den durch die Verarmung unserer Wirtschaft geschaffenen Tatsachen und in den Verhältnissen, die wir infolge unserer politischen Gesamtlage auf uns nehmen müssen. Gerade aber deshalb ist die Erhebung jedes Uebermaßes an Steuern sozialpolitisch zu vermeiden und sind Härten nach aller Möglichkeit auszuweichen, damit die gesamte Belastung wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht ist.

Um auch in diesem Zusammenhang die eigene Verantwortung der Länder und Gemeinden zu stärken,

ist die Einkommenssteuer am 1. April 1927 die Ueberweisung durch Zuschläge abzuschließen.

Ziel ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Auge zu behalten, daß die einzelnen steuerlichen Bestimmungen in einem richtigen Verhältnis zueinander stehen müssen. Das ungedeckte Ausgaben nicht geleistet werden dürfen und keinerlei Sinngelassen in inflationäre Maßnahmen in Frage kommen kann,

ist selbstverständlich.

Die Vereinfachung von öffentlichen Geldern für die Belebung der Wirtschaft ist naturgemäß sehr eng begrenzt und darf grundsätzlich den Rahmen einer produktiven Erwerbslosenentlastung nicht überschreiten. Die Reichsregierung möchte mit Vereinfachung die bäuerliche und Arbeiterbedingung in den volkswirtschaftlichen Teilen des Lebens fördern. Die allgemeinen Zielungspläne sollen hierdurch nicht berührt werden.

Für die Förderung des Wohnungsbaues sind der Reichsregierung Beratungen, die mit Vertretern der Landesregierungen kürzlich im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, wertvoll. Ramentlich müssen Wege gefunden werden, der nicht abzulassenden Ueberforderung des Bauens zu begegnen. Die Reichsregierung hofft, von den Landesregierungen bei der Verwendung der Hauszinssteuer in diesen Beziehungen Unterstützung zu werden, und bemüht sich ihrerseits besonders um die Erleichterung erschwerter langfristiger Hypothekendarlehen. Ueberhaupt wird die Reichsregierung mit aller Energie auf eine Besserung der Kreditlage der Wirtschaft hinarbeiten.

Unsere Wirtschaft braucht billigeren und langfristigen Kredit.

Die Reichsregierung denkt dabei auch an die Landwirtschaft, deren Notlage sie mit großer Sorge verfolgt. Durch die bereits in der Durchführung begriffene Kreditaktion der Goldkreditbank wird der Landwirtschaft über die Rentenbank-

treitbank ein beträchtliches Zwischengeld alsbald zur Verfügung gestellt werden.

Die Regierung ist sich darüber klar, daß mit den Krediten allein nicht geholfen werden kann, wenn nicht gleichzeitig auch mit anderen Mitteln die Landwirtschaft ertragsfähiger gemacht wird. Maßnahmen zur Steigerung der allgemeinen Not der Landwirtschaft sind in Vorbereitung und sollen in Verbindung mit den verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen betrieben werden. Wenn es auch hier, genau wie in anderen Wirtschaftskreisen, ein Mittelmittel nicht gibt, so ist die Reichsregierung doch davon durchdrungen, daß die Erhaltung und soweit trend mäßig.

Steigerung der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist.

Neben der wertvollen Stärkung des inneren Marktes tritt mit gleicher Bedeutung das Erfordern einer Steigerung der Ausfuhr. Die gesamten Handelsvertragsverhandlungen, die ohne Unterbrechung fortzuführen sind, müssen mit dem Ziel geführt werden, zur Beförderung des allgemeinen Wirtschaftslebens die Wiederherstellung eines lebhaften Warenaustausches in der Welt zu ermöglichen. Hierbei muß in erster Linie darauf hinwirken werden, daß die leider noch teilweise bestehende Schlechterstellung deutscher Waren im Vergleich mit den Waren anderer Länder auf ausländischen Märkten beseitigt wird.

Anschichts der hohen Rolle, die im Auslande vielfach gelten, müssen die deutschen Röhle bei den Verhandlungen dazu verwendet werden, unter Wahrung der deutschen Lebensnotwendigkeiten den Gesamtstand der europäischen Röhle möglichst herabzubringen. Auch außerhalb der Handelsverträge wird die Reichsregierung jede ernsthafte Abhilfe einer Annäherung der einzelstaatlichen Wirtschaften durch allgemeine amtschenschaftliche Abmachungen zu verwirklichen, mit aller Kraft fördern. Die Reichsregierung ist weiter bereit zu prüfen, ob und wie in Fortsetzung schon ergriffener Maßnahmen die deutsche Ausfuhr auf neuartigem Wege erleichtert werden kann. Die besonderen Verhältnisse, die sich aus außergewöhnlicher Entwicklung der Wirtschaftslage in anderen Ländern ergeben haben, und für einzelne deutsche Wirtschaftszweige, so besonders für Rohle und Eisen, sehr fühlbar geworden sind, erfordern die besondere Aufmerksamkeit der Reichsregierung.

Soweit die schwere Wirtschaftskrise, die wir durchlaufen, eine allgemeine Krise ist, müssen die Gemeinden befristet werden, die der Selbstheilung durch die wirtschaftlichen Eigenkräfte noch entgegensteht.

Dabei denkt die Reichsregierung nicht etwa an ein überspanntes Eingreifen der Behörden.

Sie ist aber davon überzeugt, daß die schon vor längerer Zeit wirksam eingeleitete Freiökonomieaktion mit Nachdruck fortgesetzt werden muß, um die Wirtschaft von übermäßigen Preisbelastungen zu befreien.

Besonders wichtig ist die alsbaldige Verabschiedung eines Gesetzes über die Vereinfachung der Geschäftsaufsicht. Die Reichsregierung erblickt in der Durchführung von Maßnahmen, die die Gesamtwirtschaft von allen Ursachen der Ueberforderung befreien, eine unerläßliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands. Sie ist sich bewußt, daß der Erfolg ihrer verwaltungsmäßigen und gesetzgeberischen Maßnahmen in vielen Punkten sehr wesentlich von der freiwilligen Mitarbeit der Erwerbstätigen abhängt.

In Erfüllung einer besonderen Aufgabe der Sozialpolitik wird die Reichsregierung ein Arbeiterschutzes einbringen, das die Bestimmungen über Arbeiterschutz einheitlich ankommen und die Arbeitszeit neu regeln wird. Die Reichsregierung hält die von den früheren Regierungen wegen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens abgegebenen Erklärungen aufrecht. Das Inkrafttreten einer internationalen Arbeitszeit in Deutschland muß von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängen. Auch das einheitliche Arbeiterrecht bedarf der tatkräftigen Förderung durch die Reichsregierung, die zu diesem Zwecke das zurzeit dem Reichstag vorliegende Arbeitsgerichts-gesetz weiter verfolgen wird.

Die gesetzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge ist angesichts der großen Zahl der Erwerbslosen mit Beschleunigung zu betreiben. Vor wenigen Wochen sind die Bedingungen für die Verzinsung und Tilgung der Reichsdarlehen für die Notstandsarbeiten an die Kommunen und an deren Verbände wesentlich erleichtert worden. Auch ist der Anteil des Reiches und der Länder an den Kosten dieser Arbeit erhöht worden. Ihre besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung der Kurzarbeiterfrage als dringender Frage des Tages zuwenden und feststellen, ob eine Verringerung der Not der Kurzarbeiter möglich ist, unter gleichzeitiger Ausschaltung der wirtschaftlichen Nachteile, die von der Kurzarbeiterunterstützung befristet werden.

Damit habe ich, schloß der Reichskanzler seine Ausführungen, in großen Zügen, ohne auf Einzelheiten einzugehen und ohne irgendwie erschöpfend zu sein, die Aufgaben umrissen, vor die das neue Kabinett gestellt ist und die es im Vertrauen auf die Unterstützung des Reichstags und des gesamten Volkes zu lösen sich betreiben wird. Das Gebot der Stunde ist, mit dem klaren Ziele der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes nach innen und außen praktische Maßnahmen in sachlicher Arbeit zu ergreifen. Lassen Sie uns an die gemeinsame Arbeit im Dienste des Vaterlandes gehen, um die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu überwinden. Je entschlossener und geschlossener alle Teile des Volkes diese Arbeit unterstützen, desto eher wird Deutschland die Stellung in der Welt wieder erreichen, die der Größe und Tüchtigkeit seines Volkes gebührt.

Als der Reichskanzler seine Rede beendet hatte und das Rischen der kommunistischen und völkischen Abgeordneten sowie der Weisheit der Regierungsparteien sein Ende gefunden hatte, beantragte der deutschnationale Abg. Schulz, Bromberg, daß ein deutschnationaler Antrag, der verschiedene Vorschläge für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund umschließt, mit der Besprechung der Regierungserklärung verbunden werde. Der Antrag wurde angenommen.

Abg. v. Graefe (D.völk.) erklärte darauf, daß bei der gänzlichen Inhaftlosigkeit und Programmlosigkeit der Ausführungen des Reichskanzlers nicht einzusehen sei, was die Fraktionen vor der Besprechung der Regierungserklärung noch untereinander verhandeln sollten. Wenn die Fraktionen gegen diese Kanzlerklärung ebensoviele sagen wollten, wie der Kanzler selbst überhaupt gesagt habe, dann brauche gar nichts gesagt zu werden. Der Redner beantragte, daß die Besprechung der Kanzlerklärung sofort vorzunehmen würde. Dieser Antrag wurde jedoch gegen Völkische und Kommunisten abgelehnt, und gemäß dem Vorschlag des Präsidenten wurde beschloffen, die Besprechung der Regierungserklärung am Mittwoch nachmittag um 1 Uhr beginnen zu lassen. Präsident Lobe schloß dann die Sitzung.

Die schwankende Stellung der neuen Regierung.

In einer Geschäftsordnungsdebatte bereits in der Minderheit. Berlin, 26. Januar. Die kurze programmatische Erklärung, die heute der Reichskanzler vor dem Reichstag abgab, war ursprünglich von den Parteien als eine rein formale Angelegenheit angesehen worden, da man schon vorher wußte, daß der Reichskanzler sich mit sehr allgemeinen Bemerkungen begnügen würde. Man glaubte infolgedessen auch, daß die Entscheidung der Fraktionen über die Stellungnahme bei der Einbringung einer Billigkeitsformel relativ einfach sein würde und daß sich insbesondere die Sozialdemokraten zunächst für eine Stimmenthaltung entscheiden würden, um damit das Kabinett durchzubringen. Die Regierung hatte vorher die Frage einer Billigungsformel mit den hinter ihr stehenden Minderheitsparteien noch nicht erörtert. Sie

hatte wohl die Absicht, es eventuell nur auf die Ablehnung eines Mißtrauensvotums ankommen zu lassen.

Durch die Rede des Reichskanzlers ist die Situation nun etwas verschoben worden. Der Reichskanzler hat in seiner Rede gebeten, alle Anträge, einschließlich des deutschnationalen Antrags über die Voraussetzungen für den Eintritt in den Völkerbund, zurückzustellen. Außerdem leitete er im innerpolitischen Teil mit sehr deutlichen Worten den Volkentscheid über die Führerschaft ab. Das erste hat nun auf die Deutschnationalen, das letztere wiederum auf die Sozialdemokraten vernehmlich eingewirkt. Dar- aus erklärt sich auch die Tatsache, daß die erste Wirkung der Kanzlerrede eine

Geschäftsordnungsdebatte war, in der die Deutschnationalen die Beratung ihres Antrages trotz des Widerpruches des Reichskanzlers verlangten. Zur allgemeinen Ueberraschung lehnten sich für diesen Antrag auch die Sozialdemokraten ein, so daß die Regierung in der ersten Abstimmung nach der Kanzlerrede in der Minderheit blieb.

Natürlich ist damit, daß die Regierung in einer Geschäftsordnungsdebatte eine Schlappe erlitt, durchaus nicht gesagt, daß sie nun auch in der Abstimmung über den Inhalt der Regierungserklärung eine Niederlage erleiden würde.

Während in kurzen Sitzungen der Regierungsparteien Einigung über die gemeinsame Erklärung bei der Aussprache über das Programm der neuen Regierung erzielt wurde, beschäftigte sich die deutschnationale Reichstagsfraktion in einer fünfständigen Sitzung mit der Lage, die durch die Regierungserklärung geschaffen worden ist.

In der Fraktion setzte sich schließlich die Ansicht durch, daß ein Wandel in der bisherigen Außenpolitik ohne Eingehen auf die unlängst veröffentlichten deutschnationalen Voraussetzungen für den Eintritt in den Völkerbund auch vom neuen Reichskabinett nicht zu erwarten sei. Angesichts dieses Umstandes und des weiteren, daß auch innenpolitisch nach der Regierungserklärung durchgreifende Maßnahmen nicht zu erwarten seien, daß sie bei der überaus starken Einkreisung, wie sie die Zusammenlegung des neuen Kabinetts darstelle, auch gar nicht erwartet werden könnten, bleibe der deutschnationalen Reichstagsfraktion nichts weiter übrig, als dieses Kabinett von Anfang an abzulehnen.

Die Fraktion beschloß daher, am Mittwoch im Reichstage ein Mißtrauensvotum gegen die neue Regierung einzubringen.

Die parlamentarische Lage hat damit eine vollständige Klärung erfahren. Man weiß jetzt, wie stark die Gegner des neuen Kabinetts sind und wie stark die Zahl der Stimmen ist, auf die sich das Kabinett Luther zu stützen dürfte. Es kommt jetzt auf die Haltung der Sozialdemokraten an. Wie man hört, hat Reichskanzler Dr. Luther bereits Führer zu den Sozialdemokraten ausgesprochen, um die sozialdemokratische Fraktion nicht im Zweifel darüber zu lassen, daß der Bestand des neuen Kabinetts gefährdet sein würde, wenn auch die sozialdemokratische Fraktion zu ablehnender Haltung gegenüber dem Kabinett gelangen sollte. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, ganz bestimmt damit rechnen zu können, daß die sozialdemokratische Fraktion Stimmenthaltung üben und auf diese Weise dem neuen Kabinett Luther über die erste parlamentarische Klippe hinweghelfen wird.

Mißtrauensvoten der Völkischen und der Kommunisten

eingetragen. Das völkische hat folgenden Wortlaut: „Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages“. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages: „Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.“ — Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Mißtrauensantrag eingebracht: „Die Regierung Luther—Stresemann besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.“

Berlin, 26. Januar. Von parlamentarischer Seite wird uns das Gerücht mitgeteilt, daß heute zwischen dem Zentrumsgewählten Freydenbach und dem Fraktionsvorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion Hermann Müller (Franken) eine streng vertrauliche Unterredung stattgefunden hätte, die sich, darauf bezogen habe, ob es möglich sei, daß sich die sozialdemokratische Fraktion bei der Abstimmung über die Mißtrauensvoten und über die Billigungsformel für das neue Kabinett Luther nicht nur der Stimme enthalten, sondern für positive Unterstützung entscheiden werde. Freydenbach hätte darauf hingewiesen, daß angesichts der Stimmenzahl der Opposition der Fall eintreten könnte, daß die Koalitionsparteien in der Minderheit blieben. Um nun das nach wochenlangen Bemühungen auszubekommene Kabinett nicht schon am Anbeginn wieder unzulässig, wäre es doch angebracht, wenn auch die sozialdemokratische Fraktion es unterlässe, um so mehr, da doch Reichskanzler Dr. Luther heute in seiner kurzen programmatischen Erklärung ein ziemlich großes Eingehen auf die Wünsche gerade der sozialdemokratischen Partei angedeutet habe. Der Abg. Müller (Franken) soll erklärt haben, diesen Wunsch aber am Mittwoch statfindenden Fraktionsabstimmung der Sozialdemokraten vorzubringen.

Heute abend ließ sich schwer feststellen, ob dieses Gerücht zutreffend ist oder nicht. Jedenfalls aber ist schon sein Aufkommen sehr bezeichnend für die Schwierigkeiten, mit denen das neue Kabinett Luther zu ringen hat.

1762305 Erwerbslose!

Berlin, 26. Januar. Vom 1. bis 15. d. M. ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 1 497 516 auf 1 762 305 angewachsen. Die Steigerung beträgt 17,7 v. H. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger erhöhte sich von 1 395 049 auf 1 550 706, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 161 573 auf 211 599, die Zahl der Zuschlagsempfänger (nieder- unterstützungsberechtigten Angehörigen) von 1 821 500 auf 2 092 858. Die Steigerung der Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der zweiten Dezemberhälfte betrug rund 405 000 oder 40 v. H. (M.Z.)

Abendessen beim Reichspräsidenten.

Berlin, 26. Jan. Beim Reichspräsidenten fand heute zu Ehren des diplomatischen Korps ein Abendessen statt, an dem u. a. die hier anwesenden fremden Missionen, der Reichskanzler, der Reichstagspräsident und der Reichsminister des Auswärtigen mit ihren Damen teilnahmen.

v. Trotha und der Untersuchungsausschuß.

Berlin, 26. Jan. Der vierte Untersuchungsausschuß des Untersuchungsausschusses für die Kriegsfragen beschloß an einem Schreiben des Abg. Hennig (Völk.) an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses: „Nach Einsicht in die stenographisch Niederschrift über die Verhandlungen in der Sitzung vom 23. Januar stellt der Untersuchungsausschuß fest, daß für den Vorsitzenden keine Veranlassung vorlag, den in dem Schreiben des Abg. Hennig erwähnten Ausschussmitgliedern eine Mitteilung zu erteilen.“ Ferner beschloß der Untersuchungsausschuß, den Abg. v. Trotha zu den weiteren Verhandlungen über die Marineentzerrung auszuscheiden heranzuziehen. Endlich wurde dem Abg. Nosz (S.) der Antrag erteilt, das bisher vorliegende Material und das noch eingehende Material durchzuarbeiten, um zu erklären, welche weiteren Vernehmungen etwa noch in Betracht kommen.